

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 44. Sitzung des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung (P/044/2023)

am Mittwoch, 24. Mai 2023,

16:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 2, 2. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:58 Uhr

Anwesend:

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r
Annekatriin Klepsch

Fraktion Alternative für Deutschland
Harald Gilke
Heiko Müller
Christian Pinkert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kati Bischoffberger
Nils Kröber

Fraktion DIE LINKE.
Anja Apel
Christopher Colditz
Leo Lentz

CDU-Fraktion
Steffen Kaden
Peter Krüger (bis 17:30 Uhr)
Anke Wagner

FDP-Fraktion
Franz-Josef Fischer

Fraktion Freie Wähler/Freie Bürger Dresden
Susanne Dagen

Dissidenten-Fraktion
Maximilian Aschenbach

Stellvertretende Mitglieder
Torsten Hans Vertretung für Frau Andrea Mühle
Kristin Sturm Vertretung für Herrn Vincent Drews

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- 1 Petitionen zur Beschlussfassung
- 1.1 E-Petition „Sicheres Radfahren auf der Bürgerstraße" **P0066/21**
beschließend
- 1.2 E-Petition „Die Landeshauptstadt Dresden soll der Initiative 'Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten' beitreten" **P0133/23**
beschließend

nicht öffentlich

- 1.2.1 E-Petition „Die Landeshauptstadt Dresden soll der Initiative 'Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten' beitreten",
P0133/23

öffentlich

- 1.3 E-Petition „Nulltarif statt Fahrpreiserhöhung" **P0130/22**
beschließend
- 1.4 E-Petition „Mehr Blitzer vor Schulen und anderen Kindereinrichtungen!" **P0139/23**
beschließend
- 1.5 E-Petition Keine Unterbringung von Asylbewerbern im ehemaligen Landgasthof Marsdorf, Ortschaft Weixdorf **P0137/23**
beschließend
- 1.6 Petition „Containerdorf Dresden-Leuben" **P0140/23**
beschließend
- 1.7 E-Petition „Erhalt der Hundetagesstätte Dresden-Weißig" **P0141/23**
beschließend
- 1.8 E-Petition „Beförderung von Anwohnerinteressen bei der Einrichtung und dem Betrieb der Containersiedlung in Sporbitz" **P0143/23**
beschließend

nicht öffentlich

- 1.8.1 E-Petition „Beförderung von Anwohnerinteressen bei der Einrichtung und dem Betrieb der Containersiedlung in Sporbitz",
P0143/23

öffentlich

- | | | |
|-------------|--|----------------------------------|
| 1.9 | E-Petition „Abgrenzung eines Territoriums zur Schaffung einer Hundewiese in der Dresdner Neustadt“ | P0142/23
beschließend |
| 1.10 | Petition Rettet das Jugend-Öko-Haus im Großen Garten Dresden! | P0138/23
beschließend |

nicht öffentlich

- | | | |
|---------------|---|--|
| 1.10.1 | Petition Rettet das Jugend-Öko-Haus im Großen Garten Dresden!,
P0138/23 | |
| 2 | Petitionen zur Beratung - Beschlussfassung Stadtrat | |
| 2.1 | Petition Bürgerbegehren für den Neustädter Markt | P0136/23
beratend
(federführend) |
| 3 | Posteingang - Zuständigkeit Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung | |
| 3.1 | Petition Containerstandort Dresden-Niedersedlitz zur Unterbringung asylsuchender Menschen | P0145/23
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 3.2 | Petition „Asylcontainerstandort Löwenhainer Straße“ | P0146/23
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 3.3 | Petition „Kein Containerdorf auf der Geystraße in Dresden-Strehlen“ | P0147/23
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 3.4 | Petition „Aufstellung von Containern für Geflüchtete am Standort Industriestraße“ | P0148/23
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |
| 3.5 | Petition „Baugenehmigung Oberpoyritz“ | P0150/23
1. Lesung
(beschließendes
Gremium) |

3.6 E-Petition „Umzugsprämie“

P0151/23
1. Lesung
(beschließendes
Gremium)

4 Posteingang - Zuständigkeit Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung zur Kenntnis

5 Sonstiges

öffentlich

Frau Bürgermeisterin Klepsch eröffnet mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der form- und fristgemäßen Ladung des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung die Sitzung.

Zur Tagesordnung:

Seitens der Mitglieder werden folgende Anträge gestellt, die **Frau Bürgermeisterin Klepsch** zur Abstimmung stellt:

Zu Tagesordnungspunkt 1.3:

Herr Stadtrat Kaden verweist auf den Beschluss dieses Ausschusses, die Petition solange zu vertagen, bis der Stadtrat in gleicher Angelegenheit entschieden habe. Bisher stehe der Beschluss zum Antrag A0406/22 aus, sodass die Petition weiter zurückgestellt werden solle.

Frau Stadträtin Apel, die ebenfalls Bearbeiterin des Antrages sei, erklärt sich damit einverstanden. Dem Petenten solle darüber eine Zwischeninformation gegeben werden.

Abstimmung: Zustimmung Ja 13 / Nein 0 / Enthaltung 2

Zu Tagesordnungspunkt 1.4:

Frau Stadträtin Bischoffberger beantragt die Vertagung dieses Tagesordnungspunktes, da die Verwaltungsstellungnahme noch nicht vorliege.

Herr Stadtrat Kaden unterstützt den Vertagungsantrag.

Abstimmung: Zustimmung Ja 15 / Nein 0 / Enthaltung 0

Zu Tagesordnungspunkt 1.10:

Frau Stadträtin Apel beantragt, den Tagesordnungspunkt 1.10, P0138/23, Petition Rettet das Jugend-Öko-Haus im Großen Garten Dresden, vorzuziehen, weil dazu Vertreter seitens der Petenten anwesend seien.

Frau Stadträtin Bischoffberger beantragt, den Tagesordnungspunkt 1.10 nach dem Tagesordnungspunkt 1.1 einzuordnen, da zu diesem Tagesordnungspunkt der Petent anwesend sei.

Abstimmung: Zustimmung Ja 15 / Nein 0 / Enthaltung 0

Frau Stadträtin Apel beantragt des Weiteren Rederecht für Frau Schneider, Mitglied des Vorstandes des Fördervereins des Jugend-Öko-Hauses.

Abstimmung: Zustimmung Ja 15 / Nein 0 / Enthaltung 0

Frau Bürgermeisterin Klepsch stellt das Einvernehmen des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung zur so geänderten Tagesordnung fest.

1 Petitionen zur Beschlussfassung

1.1 E-Petition „Sicheres Radfahren auf der Bürgerstraße“

P0066/21
beschließend

Frau Stadträtin Bischoffberger beantragt Rederecht für den Petenten, Herrn Schütze, damit er aus der Sitzung des Stadtbezirksbeirates Pieschen berichten könne.

Frau Bürgermeisterin Klepsch stellt die einstimmige Zustimmung mit 15 Ja-Stimmen fest.

Herr Schütze berichtet, dass der Stadtbezirksbeirat Pieschen sehr konstruktiv über die Petition diskutiert habe. An der Sitzung haben auch Vertreter der Straßenverkehrsbehörde teilgenommen. Diese haben mitgeteilt, dass die Behörde auf der Bürgerstraße um die Kreuzung Oschatzer Straße Tempo 30 anordnen wolle.

Der Stadtbezirksbeirat Pieschen habe festgestellt, dass die Bürgerstraße mit den verschiedenen Verkehrsarten sehr problematisch sei. Die Empfehlung des Gremiums gehe weiter als die seitens der Straßenverkehrsbehörde avisierte Lösung. Danach solle Tempo 30 von der Gehestraße bis zur Rehefelder Straße ausgewiesen werden. Gleichzeitig soll geprüft werden, ob durch Poller bzw. Markierung die Parksituation deutlicher gestaltet werden könne. Auch sei der Wunsch geäußert worden, die beste Führungslinie für den Radverkehr zu markieren, nämlich zwischen den Gleisen.

Er wirbt dafür, der Beschlussempfehlung des Stadtbezirksbeirates Pieschen zu folgen und der Petition damit abzuhelpfen.

Herr Stadtrat Gilke fragt, wofür die Poller genutzt werden sollten.

Herr Schütze erläutert, dass Poller genutzt werden sollten, um in den Kreuzungsbereichen das Gehwegparken zu unterbinden. Es sei häufig zu beachten, dass PKW auf den abgesenkten Bordern geparkt würden, zumal die Bürgerstraße Schulweg für zwei Schulen sei. Auch sollen in den Kreuzungsbereichen Sperrlinien auf der Fahrbahn das Parkverbot verdeutlichen. Es sollen keine Parkplätze abgeschafft werden.

Frau Stadträtin Bischoffberger unterbreitet den Beschlussvorschlag auf Basis der Beschlussempfehlung des Stadtbezirksbeirates Pieschen. Sie schlägt vor, dass der Petition teilweise abgeholfen sei. Außerdem sei der Vorschlag sinnvoll, Tempo 30 im Abschnitt zwischen Rehefelder Straße bis Gehestraße anzuordnen. Dafür solle der Verwaltung ein Prüfauftrag mit Berichterstattung bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung erteilt werden. Zur Forderung, das Falschparken in den Kreuzungsbereichen zu verhindern, habe sie der Verwaltungsstellungnahme entnommen, dass Poller geprüft würden. Markierungen seien wohl nicht so einfach möglich.

Herr Stadtrat Kaden spricht sich mit Verweis auf die umfangreiche Diskussion im Stadtbezirksbeirat Pieschen dafür aus, diese nicht erneut zu wiederholen, und auch nicht zu versuchen, dies erneut abzustimmen. Im Übrigen sei die Empfehlung des Beirates nicht einstimmig gegeben worden.

Er schlägt vor, dass der Petition durch das geplante bzw. erfolgte Handeln der Behörde teilweise abgeholfen sei. Die Stellungnahme der Verwaltung solle dem Petenten zur Kenntnis gegeben werden. Gleichzeitig solle die Beschlussempfehlung des Stadtbezirksbeirates Pieschen zur Kenntnis genommen werden sowie der Verwaltung die Beschlussempfehlung zur Prüfung mitgegeben werden, ob aus dieser heraus noch weitergehende Umsetzungen erfolgen könnten.

Frau Stadträtin Bischoffberger dankt für den Beschlussvorschlag, welchen sie als Antrag übernehme.

Auch **Herr Stadtrat Gilke** unterstützt die Beschlussempfehlung von Herrn Stadtrat Kaden der Kenntnisnahme der Empfehlung des Stadtbezirksbeirates Pieschen, besonders im Hinblick auf den Punkt 3.

Das bekräftigt **Herr Stadtrat Kaden**. Es ließe sich nicht überblicken, ob die Forderung im Beschlusspunkt 3 verkehrsrechtlich umsetzbar sei. Er warnt vor einem Beschluss, der sich möglicherweise im Nachhinein als rechtswidrig erweise. Daher empfiehlt er die Beschränkung auf die Prüfung der Vorschläge des Stadtbezirksbeirates, sodass er ohne Veränderung weitergegeben und nichts „verwässert“ würde.

Frau Bürgermeisterin Klepsch macht auf die Verwaltungsstellungnahme vom 15. Mai 2023 aufmerksam, die dem Stadtbezirksbeirat Pieschen bisher nicht bekannt sei und ihm nachträglich zur Kenntnis gegeben werden könnte. Sie stellt dazu Einvernehmen fest.

Im Ergebnis der Diskussion bringt sie Folgendes punktweise zur Abstimmung:

Beschluss:

1. Der Petition kann teilweise abgeholfen werden.

Abstimmung: Zustimmung Ja 16 / Nein 0 / Enthaltung 0

2. Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung nimmt die Beschlussempfehlung des Stadtbezirksbeirates Pieschen vom 9. Mai 2023 zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, diese zu prüfen.

Abstimmung: Zustimmung Ja 16 / Nein 0 / Enthaltung 0

3. Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung beschließt, die Stellungnahme des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften vom 15. Mai 2023 dem Stadtbezirksbeirat Pieschen zur Kenntnis zu geben.

Abstimmung: Zustimmung Ja 16 / Nein 0 / Enthaltung 0

Im Anschluss wird entsprechend der zu Sitzungsbeginn geänderten Tagesordnung der Tagesordnungspunkt 1.10 (öffentlich)/1.10.1 (nicht öffentlich) behandelt.

1.2 E-Petition „Die Landeshauptstadt Dresden soll der Initiative 'Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten' beitreten" **P0133/23**
beschließend

Frau Bürgermeisterin Klepsch stellt die Öffentlichkeit her.

Frau Stadträtin Bischoffberger beantragt die Hebung der Entscheidung in den Stadtrat, weil über den Beitritt der Landeshauptstadt Dresden zu dieser Initiative der Stadtrat zu entscheiden hat.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften habe laut Stellungnahme zu dem Thema bereits einen Beschluss gefasst. Dieser liege ein halbes Jahr zurück, sodass sich der Stadtrat erneut damit befassen könne.

Herr Stadtrat Gilke erklärt, dass die Initiative versuche, die Regelung der Straßenverkehrsordnung Bundesrecht sei. Die Kompetenz zur Änderung liege dort.

Auch gibt er zu überlegen, was diese Änderung in der Praxis nach sich zöge, z. B. zusätzliche Busse und Fahrer, wenn man die jetzige Taktung beibehalten wolle. Die DVB AG habe schon jetzt diesbezüglich Schwierigkeiten, sodass die Forderungen nicht umsetzbar wären. Damit sinke auch die Motivation zur Nutzung des ÖPNVs durch die Kundschaft. Außerdem seien damit höhere Kosten aufgrund des höheren Aufwands verbunden. Aufgrund der zahlreichen anderen Aufgaben, die die Landeshauptstadt Dresden erbringen müsse, sei dies nicht zu leisten. Daher könne der Petition nicht abgeholfen werden.

Herr Stadtrat Kaden nimmt auf die Beschlussausfertigung zum Antrag A0213/22 Bezug, der der Petition beigelegt sei. Inhaltlich sollte Tempo 30 als Regelhöchstgeschwindigkeit im Stadtgebiet für mehr Sicherheit und bessere Luft erprobt werden. Das habe der Stadtrat abgelehnt. Er geht davon aus, dass eine Hebung in den Stadtrat letztlich zu nichts führe. Er spreche sich für eine effektive Stadtratsarbeit aus, weshalb er den Antrag sowie die Petition ablehne.

Frau Stadträtin Bischoffberger bemerkt, dass eine Entschleunigung des ÖPNVs damit nicht beschlossen werde. Es gebe auch Straßen ohne ÖPNV. Vielmehr gehe es um die gesetzliche Möglichkeit, dass die Stadt selbst über die Geschwindigkeitsbegrenzung entscheiden könne. Der Stadtrat habe sich mit dem Beschluss zum Antrag A0213/22 gegen das Modellprojekt entschieden. Es sei nicht über den Beitritt zu der Initiative entschieden worden. Wichtig sei ihr, dass die interessierte Öffentlichkeit erfahre, wer Tempo 30-Zonen seitens des Stadtrates unterstütze.

Herr Stadtrat Kaden spricht gegen die Erörterung der Thematik im Stadtrat, die er nicht für zielführend hält, sondern als politische Redeschlacht bezeichnet.

Dem widerspricht **Frau Stadträtin Bischoffberger**. Ihr gehe es sehr wohl ausschließlich um Inhalte, und sie beteilige sich nicht an Redeschlachten,

Frau Stadträtin Aschenbach spricht für das Ende der Debatte und Abstimmung des Antrages von Frau Stadträtin Bischoffberger.

Frau Bürgermeisterin Klepsch bringt den Geschäftsordnungsantrag auf Hebung der Petition in den Stadtrat zur Abstimmung. Der Antrag wird von insgesamt sieben Stadträten unterstützt, womit das nötige Quorum erreicht ist.

Ergebnis:

Die Petition wird nach § 41 Abs. 3 Satz 3 der Sächsischen Gemeindeordnung mit mindestens einem Fünftel der Stimmen aller Mitglieder des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung (hier sieben Mitglieder) zur Beschlussfassung an den Stadtrat verwiesen.

Frau Bürgermeisterin Klepsch stellt für die weitere Beratung dieser Petition die Nichtöffentlichkeit her. Im Anschluss kehrt der Ausschuss zur öffentlichen Beratung zurück.

1.3 E-Petition „Nulltarif statt Fahrpreiserhöhung“

**P0130/22
beschließend**

Die Petition wird vertagt, da die Entscheidung des Stadtrates über den Antrag A0406/22, Keine Fahrpreiserhöhung 2023, weiterhin aussteht.

Die Petentin wird zum aktuellen, weiterhin unveränderten Sachstand informiert.

Abstimmungsergebnis:

Vertagung auf Geschäftsordnungsantrag
Ja 13 Nein 0 Enthaltung 2

1.4 E-Petition „Mehr Blitzer vor Schulen und anderen Kindereinrichtungen!“

**P0139/23
beschließend**

Die Petition wird vertagt, weil die Stellungnahme der Verwaltung noch nicht vorliegt.

Abstimmungsergebnis:

Vertagung auf Geschäftsordnungsantrag
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

1.5 E-Petition Keine Unterbringung von Asylbewerbern im ehemaligen Landgasthof Marsdorf, Ortschaft Weixdorf

**P0137/23
beschließend**

Frau Stadträtin Apel stellt fest, dass der Petition abgeholfen sei, weil die Stadt ihre Pläne geändert habe. Doch die Stellungnahme der Verwaltung sei nicht aktuell. Ergänzend zur Stellungnahme der Verwaltung solle mitgeteilt werden, dass ein Betreiberwechsel erfolgen solle und der neue Betreiber der Stadt dieses Angebot nicht unterbreite. Gleichzeitig solle auf die Beschlusslage des Stadtrates aufmerksam gemacht werden. Der Beschluss zu V2082/23 sage im Punkt 18 aus: „Vorzugsweise Unterkünfte in denjenigen Stadtteilen oder Ortschaften vorzusehen, die bei Flüchtlingsunterkünften bislang unterrepräsentiert sind.“

Mit dieser Aktualisierung solle dem Petenten geantwortet werden. Insofern sei der Petition derzeit abgeholfen.

Herr Stadtrat Krüger äußert sich ebenfalls verwundert über die Stellungnahme der Verwaltung. Dieser Betreiberwechsel sei schon länger bekannt. Auch doppelte inhaltlich einige Passagen.

Er schließt sich dem Vorschlag von Frau Stadträtin Apel an, dass die Petition gegenstandslos geworden sei, weil die Stadt von dem Vorhaben Abstand genommen habe. Damit sei der Petition abgeholfen.

Frau Bürgermeisterin Klepsch stellt im Einvernehmen mit dem Ausschuss Folgendes zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Petition ist abgeholfen, weil das Objekt aufgrund eines geplanten Eigentümerwechsels nicht mehr zur Verfügung steht.

Der Antwort an die Petenten ist der Beschluss des Stadtrates V2082/23, Unterbringung asylsuchender Menschen – Standorte zur Errichtung von Unterkünften in modularer Bauweise (mobile Raumeinheiten), beizufügen.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung - Petition abgeholfen
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

1.6 Petition „Containerdorf Dresden-Leuben“

**P0140/23
beschließend**

Herr Stadtrat Pinkert stellt fest, dass derzeit kein Containerstandort in Leuben errichtet werde. Daher sei der Petition abgeholfen. Der Stadtratsbeschluss zur V2082/23 sollte dem Petenten übersandt werden.

Frau Stadträtin Apel stimmt dem so nicht zu. Die Petenten wollen keine weiteren Standorte zur Unterbringung von Asylsuchenden in Leuben. Sie verweisen auf den hohen Anteil Asylsuchender, die bereits in Leuben untergebracht seien. Im Beschluss zu V2082/23 Punkt 5 d sei formuliert, dass das Garderobenhaus am Standort der ehemaligen Staatsoperette in Leuben auf seine Eignung zur Unterbringung von asylsuchenden Menschen zu prüfen sei. Daher sei der Petition nur teilweise abgeholfen.

Herr Stadtrat Pinkert verweist auf die Petition. Dort sei explizit der Standort an der Pirnaer Landstraße genannt, der von den Petenten nicht gewollt gewesen sei. Damit wäre der Petition abgeholfen, da dieser Standort nicht mehr geplant sei.

Frau Bürgermeisterin Klepsch lässt die Beschlussvorschläge alternativ abstimmen, ob der Petition abgeholfen oder teilweise abgeholfen sei. Jedes Mitglied dürfe sich nur einmal melden.

Alternative Abstimmung:

1. *Der Petition ist abgeholfen, weil das Containerstandort an der Pirnaer Landstraße nicht realisiert wird.*

Ja-Stimmen: 4

2. *Der Petition ist teilweise abgeholfen, weil der Standort an der Pirnaer Landstraße nicht realisiert wird, aber laut Beschluss des Stadtrates V2082/23, Unterbringung asylsuchender Menschen – Standorte zur Errichtung von Unterkünften in modularer Bauweise (mobile Raumeinheiten), weitere Standorte, auch in Leuben geprüft werden.*

Mit der Antwort ist dem Petenten der Beschluss zu übersenden.

Ja-Stimmen: 11

mehrheitliche Zustimmung

Beschluss:

Der Petition ist teilweise abgeholfen, weil der Standort an der Pirnaer Landstraße nicht realisiert wird, aber laut Beschluss des Stadtrates V2082/23, Unterbringung asylsuchender Menschen – Standorte zur Errichtung von Unterkünften in modularer Bauweise (mobile Raumeinheiten), weitere Standorte, auch in Leuben, geprüft werden.

Mit der Antwort ist der Petentin der genannte Beschluss zu übersenden.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitliche Zustimmung - Petition teilweise abgeholfen
Ja 11

1.7 E-Petition „Erhalt der Hundetagesstätte Dresden-Weißig“

**P0141/23
beschließend**

Frau Stadträtin Apel bemerkt, dass der Titel der Petition irreführend sei. Auch wenn eine Asylunterkunft errichtet worden wäre, sei nicht geplant gewesen, die Hundetagesstätte nicht weiterbetreiben zu lassen.

Auch hier sei die Stellungnahme nicht aktuell. Die Asylunterkunft an dieser Stelle werde derzeit nicht weiterverfolgt, weil festgestellt worden sei, dass dazu eine Einigung mit der Ortschaft notwendig sei und nicht nur ein Ins-Benehmen-Setzen. Deswegen sei das Vorhaben zurückgezogen worden.

Auch hier sei auf den Punkt 18 des Stadtratsbeschlusses zur V2082/23 hingewiesen, wonach die Ortschaften aufgefordert seien, sich an der Standortsuche zu beteiligen.

Frau Bürgermeisterin Klepsch stellt keinen Diskussionsbedarf fest und bringt in Einvernehmen mit dem Ausschuss Folgendes zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Petition ist abgeholfen, da die Hundetagesstätte zu keiner Zeit gekündigt werden sollte und außerdem die Einigung mit der Ortschaft Schönfeld-Weißig zu diesem Standort bisher nicht zustande gekommen ist, sodass der Standort nicht weiterverfolgt wird.

Der Antwort an die Petenten ist der Beschluss des Stadtrates V2082/23, Unterbringung asylsuchender Menschen – Standorte zur Errichtung von Unterkünften in modularer Bauweise (mobile Raumeinheiten), beizufügen.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung - Petition abgeholfen
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

1.8 E-Petition „Beförderung von Anwohnerinteressen bei der Einrichtung und dem Betrieb der Containersiedlung in Sporbitz“ P0143/23 beschließend

Herr Stadtrat Pinkert beantragt Rederecht für den Petenten, Herrn Plötze. Dem Antrag wird mehrheitlich mit 8 Ja-Stimmen zugestimmt.

Herr Plötze bringt die Petition im Namen weiterer Petenten ein. Hintergrund sei die Vorstellung von Sicherheitsüberlegungen der Verwaltung beim Betrieb der Einrichtung. Es habe einige Vorfälle im Umfeld des Standortes gegeben. So seien dort Dorffeste gefeiert worden, wo sich aufgrund von Sicherheitsbelangen die Bevölkerungsstruktur ändere. Es werde im Stadtbezirk über die Änderung der Förderrichtlinie nachgedacht. In der Nähe befinden sich auch Kindertageseinrichtungen. Er regt Maßnahmen, wie sozialpräventive Dienste oder den Einsatz des Gemeindlichen Vollzugsdienstes, an. Die Zielsetzung sei in der Petition dargelegt. Er bittet eindringlich darum, die Bürgerschaft dazu anzuhören.

Herr Stadtrat Pinkert nimmt auf die vorgelegte Stellungnahme Bezug, die sich im Wesentlichen mit denen zu den anderen Petitionen gleiche, die Asylstandorte betreffen. Sie treffe aber nicht den Kern der Petition. Es gehe darum, dass die Sporbitzer Bürger einbezogen werden und ein Sicherheitskonzept für die Bürger und mit den Bürgern und die Geflüchteten erarbeitet und umgesetzt werde. Dazu gehören auch höhere Kosten, wenn man Feste feiere etc.

Er stellt fest, dass der Petition bis jetzt nicht abgeholfen werden könne. Deswegen spricht er dafür, dass sich die Verwaltung mit der Thematik befasse. Es gehe um Bürgerbeteiligung. Er beantragt die Hebung der Petition in den Stadtrat.

Herr Stadtrat Kaden äußert die gleiche Bewertung, wie schon zu der anderen Petition bezüglich Erörterung der Thematik im Stadtrat. Er spricht gegen diesen Antrag, da die „Redeschlacht“ im Stadtrat „vorprogrammiert“ sei.

Frau Bürgermeisterin Klepsch macht auf die Verwaltungsstellungnahme aufmerksam, wonach ein Tag der offenen Tür mit der Anwohnerschaft stattgefunden habe und eine Sozialbetreuung vor Ort seitens des Sozialamtes abgesichert sei. Insofern wäre der Petition zumindest teilweise abgeholfen.

Sie bringt den Geschäftsordnungsantrag auf Hebung der Petition in den Stadtrat zur Abstimmung. Der Antrag wird von insgesamt 4 Mitglieder unterstützt, womit das nötige Quorum erreicht ist.

Die Petition wird nach § 41 Abs. 3 Satz 3 der Sächsischen Gemeindeordnung mit mindestens einem Fünftel der Stimmen aller Mitglieder des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung (hier vier Mitglieder) zur Beschlussfassung an den Stadtrat verwiesen.

Frau Bürgermeisterin Klepsch setzt die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht öffentlich fort. Im Anschluss stellt sie erneut die Öffentlichkeit her.

1.9 E-Petition „Abgrenzung eines Territoriums zur Schaffung einer Hundewiese in der Dresdner Neustadt“

**P0142/23
beschließend**

Leo Lentz schlägt vor, dass der Petition nicht abzuhelpen sei. In der Stellungnahme der Verwaltung sei nachzuvollziehen, dass es verhältnismäßig wenig grüne Flächen in der Neustadt gebe. Davon noch welche nur für Hunde einzuzäunen, diese nicht der Allgemeinheit. Es gebe genügend weitere Flächen, die im interaktiven Stadtplan zu finden seien, sodass es genügend Flächen gäbe, um mit Hunden auch ohne Leine spazieren zu gehen.

Herr Stadtrat Gilke erinnert, dass der Ausschuss dieses Thema bereits mehrfach begleitet habe. Das Bedürfnis scheine da zu sein. Die Hundebesitzer, die in der Neustadt stark vertreten seien, hätten die besondere Herausforderung, Flächen zu finden, um die Hunde ohne Leine laufen zu lassen. Es gehe um das Tierwohl. Die Petitionen zeigen, dass das Bedürfnis der Menschen vorhanden sei. Er regt an, über eine Möglichkeit nachzudenken, den Hundebesitzern entgegenzukommen, statt die Petition generell abzulehnen.

Herr Stadtrat Kaden bemerkt, dass man sich zwar mit dem Thema befassen könnte, aber grundsätzlich das falsche Gremium. Im Stadtbezirksbeirat Neustadt sei es richtig verortet. Er könnte erörtert werden, ob der Alaunpark für unterschiedliche Nutzungen aufgeteilt werde.

Der Stadtbezirksbeirat sei intelligent genug, die Anliegen seiner Bürger zu kennen und aus sich selbst heraus, sich mit der Sache zu befassen.

Herr Stadtrat Gilke äußert verschiedene Möglichkeiten zum Umgang mit der Petition - Verschiebung der Petition oder Durchführung einer Anhörung zu dem Thema. Schlussendlich beantragt er, die Petition in den Stadtbezirksbeirat Neustadt zu verweisen.

Herr Stadtrat Pinkert präferiert die Entscheidung, dass der Petition nicht abgeholfen werden könne. Gleichzeitig solle die Petition dem Stadtbezirksbeirat Neustadt zur Kenntnis gegeben werden.

Daraufhin zieht **Herr Stadtrat Gilke** seinen Antrag auf Verweisung in den Stadtbezirksbeirat Neustadt zurück.

Herr Stadtrat Aschenbach bittet darum, auch die Stellungnahmen der Verwaltung zu dieser Petition und zur Petition Nr. P0051/21 dem Stadtbezirksbeirat Neustadt zur Kenntnis zu geben.

Frau Bürgermeisterin Klepsch bringt Folgendes im Einvernehmen mit dem Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Petition kann nicht abgeholfen werden.

Die Petition sowie die Verwaltungsstellungen zu dieser Petition P0142/23 sowie zur Petition P0051/21, Freilauf-Fläche für Hunde in der Dresdner Neustadt", sind dem Stadtbezirksbeirat Neustadt zur Kenntnis zu geben, um sich gegebenenfalls mit dem Anliegen der Hundebesitzer zu befassen.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung - Petition nicht abgeholfen
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

**1.10 Petition Rettet das Jugend-Öko-Haus im Großen Garten Dresden! P0138/23
beschließend**

Frau Schneider spricht in der Funktion als Vorstandsmitglied des Fördervereins des Jugend-Öko-Hauses. Der Verein unterstütze seit 25 Jahren die natur- und sozialpädagogische Arbeit der Einrichtung im Großen Garten. Seit über 30 Jahren sei das Haus ein Begegnungsort für naturinteressierte Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Es fänden wöchentlich Nachmittagsangebote für Kinder und Jugendliche statt (etwa 50 Teilnehmer pro Woche) sowie Ferienprojekte, Ferienfreizeitfahrten, Familientage und vielen vieles mehr.

Im Jahr haben insgesamt etwa 4.200 Menschen, überwiegend Kinder- und Jugendliche, an den Angeboten des Jugend-Öko-Hauses teil.

Das Interessenbekundungsverfahren für die Trägerschaft des Jugendökohauses sei vom Jugendamt im August 2022 gestartet. Im Januar 2023 sei es abgebrochen worden, weil der Standort im Großen Garten nicht mehr zur Verfügung stehe.

In der DNN vom 10. Februar 2023 sei zu lesen gewesen, dass das Jugendamt und die Staatlichen Schlösser und Gärten den Mietvertrag einvernehmlich zum 31. April 2023 aufgehoben haben. Daraufhin habe der Förderverein eine Petition zum Erhalt der Einrichtung und Angebote gestartet. Stand heute habe die Petition etwa 8.990 Unterstützende, davon 6.498 aus Dresden. Über 2.200 Kommentare unterstreichen die Wichtigkeit der Einrichtung für Dresdner Kinder, Jugendliche und Familien.

Das Thema sei im Stadtrat angesprochen und im Jugendhilfeausschuss behandelt worden. Schließlich sei dem Verein seitens der Staatlichen Schlösser und Gärten eine Übergangsfrist bis zum 31. August 2023 eingeräumt worden. Der Träger habe seine Bereitschaft erklärt, das Jugendökohaus solange weiterzubetreiben, um Zeit für die dauerhafte Sicherung des Angebotes und einen geregelten Übergang zu schaffen. Der Jugendhilfeausschuss habe dafür kurzfristig die benötigten Gelder zur Verfügung gestellt. Der Oberbürgermeister habe den Auftrag erhalten, bis zum Herbst eine Lösung für die dauerhafte Sicherung des Angebotes in Abstimmung mit dem Förderverein zu finden.

Sie äußert sich dankbar zu dieser positiven Entwicklung. Am 31. August 2023 müsse das Haus im Großen Garten besenrein übergeben werden. Es werde also dringend eine Lösung vor der Sommerpause des Stadtrates gefunden werden. Bisher gäbe es keinen Vorschlag der Verwaltung, keine Aussage für die Zukunftsperspektive für die Angebote des Hauses einschließlich der Terrarien-Ausstellung mit fast 50 Tieren. Die Einbeziehung des Fördervereins habe bisher nicht stattgefunden. Die Situation sei also nach wie vor ungeklärt. Inzwischen sei der Zeitdruck enorm.

Deswegen bittet Frau Schneider, dass der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung eine Lösung vor der Sommerpause bei der Verwaltung einfordere und die Petition an den Stadtrat weiterzuleiten.

Frau Stadträtin Apel fragt Frau Schneider, wie der Förderverein zu einer Lösung außerhalb der Immobilie stehe.

Frau Schneider erklärt die grundsätzliche Bereitschaft, wenn es ein naturnaher Raum wäre, wo mit den Kindern, Jugendlichen und Familien nicht nur im Gebäude, sondern auch in der Natur gearbeitet werden könne.

Frau Stadträtin Apel konstatiert ein allgemeines Interesse, diese Angebote aufrechtzuerhalten. Daher unterstützt sie die Hebung der Petition in den Stadtrat, um auch von politischer Seite ein Signal zu senden, hier eine Übergangslösung bis zu einer längerfristigen Lösung zu finden. Ein Verbleib in die Immobilie im Großen Garten schein nicht mehr möglich zu sein.

Herr Stadtrat Pinkert stellt fest, dass der Träger das Angebot nicht fortführen wollte und die Städtischen Schlösser und Gärten das Objekt selbst nutzen wollen. Er verweist auf den Beschluss des Jugendhilfeausschusses, wonach die Verwaltung beauftragt sei, einen Vorschlag zu unterbreiten. Außerdem müsste dann eine neue Ausschreibung stattfinden. Er fragt, was der Stadtrat beschließen soll, wenn die Petition dahin verwiesen werde.

Herr Stadtrat Kaden spricht gegen die Hebung in den Stadtrat, da er den Mehrwert nicht erkennen könne. Beim Lesen der Unterlagen zur Petition habe er geschlossen, dass es Ideen und einen möglichen Weg gäbe, wie man dem Wunsch des Fördervereins entgegenkommen könnte. Er denke nicht, dass der Stadtrat für die Lösung etwas beitragen könne. Die Verwaltung sei beschlussgemäß aufgefordert, eine Lösung zu finden. Die Diskussion im Stadtrat halte er nicht für zielführend. Ein Ergebnis werde nicht über die Stellungnahme der Verwaltung vom 12. April 2023 hinausgehen.

Frau Stadträtin Bischoffberger spricht für die Hebung der Petition in den Stadtrat, weil damit die Dringlichkeit bestärkt werde. Ein Stadtratsbeschluss genieße eine höhere politische Wirkung, als der des Jugendhilfeausschusses.

Frau Stadträtin Sturm, die Herrn Stadtrat Drews vertritt, fragt, was eine Hebung der Petition in den Stadtrat bringen solle. Vielmehr sollte das Gespräch mit der Verwaltung gesucht werden, als die Zeit verstreichen zu lassen, indem im Stadtrat diskutiert werde. Wichtig sei eine schnelle Lösung. Dazu nehme sie Einigkeit wahr.

Frau Bürgermeisterin Klepsch informiert, dass ein Fünftel eines Gremiums der Hebung einer Entscheidung in den Stadtrat verlangen könne.

Ihr sei nicht bekannt, welche Anstrengungen die Verwaltung in der Sache derzeit unternehme. Das bedeute nicht, dass die Ämter auf Arbeitsebene nicht im Austausch seien. Die Stellungnahme der Verwaltung sei inzwischen acht Wochen alt. Einen aktuellen Sachstand könne sie nicht liefern.

Herr Stadtrat Fischer nimmt auf den Beschluss zur Vorlage V2039/23, Förderung von Trägern der freien Jugendhilfe 2023/2024, Bezug. Darin sei die Verwaltung aufgefordert, bis Herbst 2023 eine Lösung zu finden. Dies sei schwammig. Er sagt zu, die Thematik in der morgigen Sitzung des Jugendhilfeausschusses anzusprechen.

Frau Schneider betont, dass die Übergabe des Objektes Ende August 2023 erfolgen solle. Insofern sei der Auftrag, bis zum Herbst eine Lösung zu finden, sehr schwammig und es seien noch keine Beschlüsse gefasst. Es müssten bis dahin 50 Tiere untergebracht werden. Derzeit wisse man nicht wo. Auch die Mitarbeitenden seien an einer Lösung interessiert.

Herr Stadtrat Hans sieht in einer Hebung des Antrages in den Stadtrat das Signal, eine Übergangslösung zu finden. Er hinterfragt die jetzige personelle Besetzung des Jugend-Öko-Hauses.

Zwei Mitarbeiterinnen seien beim CJD e. V. beschäftigt, so **Frau Schneider**.

Frau Petzold, der vom Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung einstimmig Rederecht eingeräumt wird, ergänzt, dass die Beschäftigten noch beim Träger CJD e. V. angestellt seien. Der Träger ziehe sich aus dem Angebot zurück. Das Jugend-Öko-Haus funktioniere nur mit den naturpädagogischen Materialien und mit den Tieren der Terrarien-Ausstellung sowie wenn es gelinge, die Mitarbeitenden dort zu halten. Sie seien bereit, bräuchten aber eine Zukunftsperspektive. Für die naturpädagogischen Materialien und für die Pflege, den Umgang und das pädagogische Einsetzen der Tiere benötigen spezielle Fachkenntnisse. Deswegen werde ein gesicherter Übergang benötigt. Es würde also ein Träger benötigt, wohin die betroffenen Beschäftigten des CJD e. V. wechseln könnten.

Frau Stadträtin Apel spricht erneut für die Hebung der Petition in den Stadtrat. Es gehe um die Zwischenlösung vor der Lösung. Die Tiere sollen für das Angebot erhalten werden. Dafür müssten sie untergebracht werden. Die arbeitsrechtliche Überleitung der Beschäftigten an einen Träger sei jedoch nicht Thema des Ausschusses. Zunächst müsse ab dem 1. September 2023 eine provisorische Anschlussvariante gefunden werden. Deswegen sei der Druck auf die Verwaltung nötig, da die Sommerpause bevorstehe und Entscheidungen schwierig seien.

Herr Stadtrat Pinkert spricht im Falle einer Hebung der Entscheidung in den Stadtrat für eine Beschlussempfehlung an den Stadtrat, der die Verwaltung zur Ausschreibung auffordere. Gleichzeitig müsste das Angebot bis zum Finden eines Objektes sowie zur Übernahme durch einen neuen Träger fortgeführt werden.

Frau Bürgermeisterin Klepsch schließt die Diskussion ab, da dies Inhalt der nicht öffentlichen Beratung sei, sollte die Hebung in den Stadtrat das nötige Quorum erhalten.

Sie stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Hebung der Entscheidung in den Stadtrat zur Abstimmung. Der Antrag erhält 10 Ja-Stimmen, womit er das nötige Quorum erreicht hat.

Die Petition wird nach § 41 Abs. 3 Satz 3 der Sächsischen Gemeindeordnung mit mindestens einem Fünftel der Stimmen aller Mitglieder des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung (hier zehn Mitglieder) zur Beschlussfassung an den Stadtrat verwiesen.

Frau Bürgermeisterin Klepsch stellt die Nichtöffentlichkeit her. Im Anschluss setzt der Ausschuss in der Tagesordnung mit dem Tagesordnungspunkt 1.2 fort.

Annekatriin Klepsch
Vorsitzende

Manuela Richter
Schriftführerin

Kati Bischoffberger
Stadträtin

Leo Lentz
Mitglied des Stadtrates